Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK

Info Nr. 1 zu den Kommunalwahlen am 6. März 2016

Die machen ja eh, was sie wollen

Die in Wiesbaden machen eh, was sie wollen, und die Ortsbeiräte haben sowieso nichts zu sagen. Das sagen viele und gehen nicht wählen. Wir halten das für falsch, denn:

Die Ortsbeiräte sind ein Sprachrohr der Bürgerinnen und Bürger

Wie wichtig ein Ortsbeirat ist, hat die Fällung der Lesselallee gezeigt. Die Mehrheit im Ortsbeirat – CDU, FDP und Freie Wähler – stimmten der so genannten Neugestaltung der Allee zu. Sie gaben grünes Licht für die Zerstörung der alten Bäume, sie nickten alles, was aus Wiesbaden kam, widerspruchslos ab.
Das hatte fatale Folgen: Sonst interessiert es in Wiesbaden zwar kaum einen, was Ortsbeiräte wünschen. In diesem Fall aber war das anders: Immer wieder verwiesen SPD und CDU in Wiesbaden auf den Beschluss des Ortsbeirates Kostheim und argumentierten mit dem vermeintlichen „Bürgerwillen". Da konnten Tausende von Bürgern Unterschriften sammeln, da konnten Hunderte Protestbriefe schreiben.

Der Beschluss des Ortsbeirates war die Lizenz zum Fällen

Die Bürgerinnen und Bürger konnten einfach protestieren, so viel sie wollten. Im Umweltausschuss hieß es, die Mehrheit in Kostheim wünsche sich die neue Flatterulmenallee – die schweigende Mehrheit. Und auch in der Stadtverordnetenversammlung wurde so argumentiert. Der Beschluss des Ortsbeirates war für die Verwaltung die Lizenz zum Fällen – kein anderes politisches Gremium sonst fasste den Fällbeschluss.

Es ist nicht egal, wer im Ortsbeirat die Mehrheit stellt

Wir brauchen Ortsbeiräte, die sich für Bürgerinteressen einsetzen. Die die Bürger informieren und in ihre Diskussionen miteinbeziehen. Wir brauchen Ortsbeiräte, die der Verwaltung und Politik in Wiesbaden Dampf machen – und nicht nur lustlos tagen und Beschlüsse fassen, die letztendlich nur abgeheftet werden. Ortsbeiräte sind das wichtigste Sprachrohr für Bürgerinteressen – deshalb: Machen Sie den Ortsbeirat stark. Gehen Sie wählen!

Kandidatinnen und Kandidaten des AUF für AKK

Mainz-Kastel (Liste 6)

1. Bohrer, Hartmut,Schulpsychologe, 62 Jahre
2. Maritzen, Ronny, Personalberater, 57 Jahre
3. Jungels, Irmtraud, Rentnerin, 61 Jahre
4. Ladwig, Mike, Systembetreuer EDV, 53 Jahre
5. Chilian, Ulrich, Freiberufler, 61 Jahre
6. Külpp, Thomas, Angestellter, 52 Jahre
7. Gerullis, Manuel, Freiberufler, 45 Jahre
8. Kronenberger, Sabine, Freiberuflerin, 57 Jahre
9. Lutz, Sven, Angestellter, 47 Jahre
10. Brückner, Kirsten, Dipl.-Pädagogin, 29 Jahre
11. Petto, Dieter, Rentner, 69 Jahre
12. Petto, Daniela, Diplom-Hydrologin, 42 Jahre

Mainz-Kostheim (Liste 7)

1. Porten, Frank, Ing. (grad), 63 Jahre
2. Mück-Raab, Marion, Journalistin, 55 Jahre
3. Coigné, Mechthilde, Industriekauffrau, 58 Jahre
4. Knipl, Stefan, Berater IT-Sicherheit, 31 Jahre
5. Bau, Claudia, Architktin, 55 Jahre
6. Pfefferkorn, Philipp, Student, 26 Jahre
7. Heckert, Peter, Masseur, 55 Jahre
8. Dr. Ragnetti, Maurizio , Chemiker, 62 Jahre
9. Heinacker, Claus, Pensionär, 71 Jahre
10. Runkel, Gisela, Rentnerin, 68 Jahre
11. Raab, Wolfgang, Dipl.-Chemiker, 62 Jahre

Auch in Zukunft gibt es viel zu tun

Wir haben hier in AKK viel verändern können und wir wollen das auch weiterhin tun. Einige unserer Forderungen und Ideen stellen wir Ihnen hier vor. Vieles, was wir erreicht haben, aber auch das, was wir nicht verhindern konnten, haben wir noch einmal ausführlicher dargestellt – wie unsere schmerzvollste Niederlage, die Fällung der Lesselallee.

Demokratie braucht aktive Bürgerinnen und Bürger

Wir haben uns in den letzten Jahren stark bemüht, Bürgerinnen und Bürger zu informieren, wir haben über die Arbeit in den Gremien kontinuierlich berichtet: Einmal über eine regelmäßige Pressearbeit, aber auch über das Internet und die sozialen Netzwerke.
Auf unserer Homepage **www.auf-akk.de** finden sich alle Pressemitteilungen und Anträge, die wir in den Ortsbeiräten Kastel und Kostheim stellen. Darüber hinaus informieren wir auch bei Facebook auf unserer Seite „Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK“ über unsere Positionen und Aktivitäten.
Das kann jeder lesen – dafür braucht man nicht einmal bei Facebook zu sein. Auf dieser Seite finden Sie auch unsere Kontaktdaten. Wir freuen uns, wenn Sie Kontakt mit uns aufnehmen.

AUFstehen! Wählen gehen!

Setzen Sie sich ein für Ihre Interessen! Informieren Sie sich! Stehen Sie auf und wählen Sie AUF! Aber glauben Sie nicht, dass das schon reicht: Werden Sie aktiv! Sprechen Sie uns an!

Frank Porten,
Platz 1,
Mainz-Kostheim

Rentner, seit 14 Jahren im Ortsbeirat Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim mit zwei Jahren Unterbrechung. Fraktionssprecher des AUF Mainz-Kostheim.

AUFstehen! AUF wählen!

Wir sind keine Partei

Wir sind keine Partei, wir sind ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für bessere Lebensbedingungen in AKK einsetzen. Die meisten von uns sind parteilos, einige engagieren sich auch im Wiesbadener Stadtverband von Bündnis 90/Die Grünen oder sind Mitglied in der Partei Die LINKE.

AUF – seit dreißig Jahren in AKK

Der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK hat seine Wurzeln in der Friedens- und Umweltbewegung. Es waren Mitglieder der Bürgerinitiative (BI) AKK, der Friedensinitiative (FI) AKK und des DGB Ortskartells AKK, die sich in einer Wählergruppe zusammenschlossen, um gemeinsam für soziale und ökologische Ziele in den AKK-Stadtteilen aktiv zu sein.
Im Frühjahr 1985 trat der Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK zum ersten Mal zu den Ortsbeiratswahlen in Mainz-Kastel an, 1989 dann auch in Mainz-Kostheim. Von Anfang an bis heute versteht sich der AUF als Alternative zu den Parteien.

Marion Mück-Raab
Platz 2,
Mainz-Kostheim

Fünf Jahre lang saß ich für den AUF im Kostheimer Ortsbeirat. Ein Job für einen, der Vater und Mutter erschlagen hat. Das dachte ich oft. Und immer wieder wurde ich auch gefragt: Warum tust du dir das bloß an? Meine Antwort: Ich will mich nicht verwalten lassen. Ich will etwas dafür tun, dass Bürger an Entscheidungen beteiligt werden. Ich will der Macht der Parlamente und der Parteien etwas entgegensetzen. Deshalb kandidiere ich, und ich bitte Sie um Ihre Stimme. Ich bin 55 Jahre alt, Mutter von zwei Kindern und arbeite freiberuflich als Fernsehjournalistin. Ich gehöre keiner Partei an. Seit siebzehn Jahren lebe ich in Kostheim, hier engagiere ich mich vor allem im Förderverein der Bücherei.

Hartmut Bohrer,
Platz 1,
Mainz-Kastel

Geboren in Mainz, wohnhaft in Kastel, Abi in Mainz am „RaMa“, Studium der Geschichte, Politik, Pädagogik und Psychologie (Staatsexamen/Diplom), berufstätig als Gymnasiallehrer und Schulpsychologe; Vater von drei Kindern; Mandate als Schüler- und Fachschaftssprecher, Personalratsvorsitzender, in Erwerbsloseninitiative und mehrfach Elternbeirat; Gründung und erstes AUF-Ortsbeiratsmitglied 1985, (1997–2001 Ortsvorsteher), seit 2001 Stadtverordneter, seit Gründung 2007 Mitglied der LINKEN, seit 2011 auch wieder Ortsbeiratsmitglied; politische Schwerpunkte: Schule und Kultur, soziale und ökologische Stadtentwicklung für alle.

Demokratie heißt: Mitbestimmen!

Wir wollen einen stärkeren Einfluss auf die Entscheidungen in Wiesbaden, deshalb kandidieren wir für die Ortsbeiräte. Die Ortsbeiräte sind ein wichtiges Sprachrohr für die Bürgerinnen und Bürger – wir wollen sie deshalb nicht Parteivertretern überlassen.

Wir kennen keine Parteidisziplin!

Wir arbeiten themen- und sachorientiert, wir kennen keine Parteidisziplin und brauchen auch keine Rücksicht auf Mehrheiten im Stadtparlament zu nehmen. Machtpolitische Überlegungen und Koalitionshickhack sind uns fremd: Wir orientieren uns allein an den Interessen von AKK.

Wir wollen Transparenz und Bürgerbeteiligung

Wenn Bürgerinnen und Bürger intensiver an der politischen Meinungsbildung beteiligt werden sollen, brauchen sie Informationen. Durch eine intensive Presse- und Informationsarbeit haben wir in den ver-

Ronny Maritzen, Platz 2, Mainz-Kastel

Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verändern.

Ich bin 57 Jahre alt, seit 26 Jahren mit derselben Frau verheiratet, habe in Marburg Jura studiert und bin seit 18 Jahren selbstständiger Personalberater. Seit 2011 bin ich Stadtverordneter für die Rathausfraktion Bündnis 90/die Grünen Wiesbaden. Seit dieser Zeit bin ich Vorsitzender im Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit. Ebenfalls seit 2011 bin ich Fraktionssprecher des AUF im Kasteler Ortsbeirat.

gangenen Jahren dafür gesorgt, dass Diskussionen und Entscheidungen in den Ortsbeiräten stärker wahrgenommen werden konnten. Uns ist wichtig, dass alle, die hier leben, ihre Ideen und Vorstellungen einbringen können.

AKK – Mainz oder Wiesbaden?

Wir halten daran fest, dass AKK seinen besonderen Status behält. Das heißt auch: Der besondere AKK-Haushalt muss beibehalten werden. Wir respektieren die historisch gewachsenen Beziehungen der AKK-Vororte zu Mainz. Umbenennungen der Vororte in „Wiesbaden-Kastel" – wie in den vergangenen Jahren von der Wiesbadener Jungen Union vorgeschlagen – lehnen wir ab. Eine Änderung des AKK-Status darf nur durch einen Bürgerentscheid erfolgen.

Unsere Stadtverordneten für Wiesbaden

Für eine parteiunabhängige Gruppe wie den AUF ist es wichtig, direkte Ansprechpartner in den Rathaus-Fraktionen zu haben. Das waren in den letzten Jahren Hartmut Bohrer (Die LINKE) und Ronny Maritzen (Bündnis 90/Die Grünen) sowie im Magistrat die ehrenamtliche Stadträtin Mechthilde Coigné (Die LINKE). Wir freuen uns, dass alle drei wieder für die Stadtverordnetenversammlung kandidieren und dadurch die Belange von AKK in Wiesbaden zu Gehör bringen wollen.
AKK-Stadtverordnete dagegen, die die Interessen AKKs regelmäßig ihrem Fraktionszwang opfern, halten wir nicht für wählbar.

Wer im Ortsbeirat sitzt ...

Im Mai 2011 haben wir im Kostheimer Ortsbeirat den Antrag gestellt, den Magistrat darum zu bitten, Hecken zu pflanzen. Es ging um den Spielplatz am Ende der Lesselallee. Dort waren durch Bauarbeiten Löcher in die Hecke gekommen, die den Spielplatz zur Straße hin eingrenzte.
Eltern von Kleinkindern hatten sich an uns gewandt und auf das Problem hingewiesen: Kleine Kinder liefen immer wieder durch diese Löcher in der Hecke auf die Straße.
Der Ortsbeirat beschloss unseren Antrag.

... muss dicke Bretter bohren

Und dann dauerte es. Und dauerte. Und dauerte. Und irgendwann wurde dann endlich nachgepflanzt. Aber leider kümmerte sich die Stadt nicht mehr um die Pflänzchen und sie vertrockneten.
Im März 2014 baten wir also wieder darum, aus Sicherheitsgründen das Loch in den Hecken zu schließen. An diesen Beschluss des Ortsbeirates haben wir immer wieder erinnert.
Und so sieht es heute aus:

Wer im Ortsbeirat sitzt, muss dicke Bretter bohren. Machen wir. Wir bleiben dran!

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Unser größter Verlust – die Lesselallee

Es war am 4. November 2014 in aller Herrgottsfrühe: Die Stadt rückte an und fällte die alten Kastanien der Lesselallee. Mehr als hundert Jahre standen die Bäume auf der Maaraue, die alten Baumriesen prägten die Landschaft, es war ein herrliches Biotop, für die Kostheimer ein Stück Heimat.
Doch ohne Not wurde die alte Allee dem Erdboden gleichgemacht. Selbst am Tag der Fällung log der zuständige Ordnungsdezernent Dr. Oliver Franz (CDU) noch in die ZDF-Kamera: „Alle Bäume sind krank." Das sagte er wider besseres Wissen - denn nicht einmal sein Stadtgutachter sprach davon. Der befürwortete sogar öffentlich unsere Forderung, nur kranke Bäume zu fällen und sie durch junge zu ersetzen.
Die bittere Wahrheit zeigten die Baumscheiben nach der Fällung: Nur acht Bäume waren tatsächlich so krank, dass man sie direkt hätte fällen müssen. Zehn weitere Bäume waren von dem Pilz befallen – alle anderen Kastanien waren kerngesund: Das waren 53 Bäume – drei Viertel der Allee.

Trauerspiel für die politische Kultur

Es war ein Trauerspiel. Ein Trauerspiel für Kostheim - aber auch für die politische Kultur in Wiesbaden: Ein Ordnungsdezernent, der andere Gutachter austrickst und lügt, der Bürgerversammlungen in die Sommerferien legt und sich dabei noch traut, von einer „Transparenzoffensive" zu reden. Ein Oberbürgermeister, der sich aus der Debatte heraushält und sich gleichzeitig in Reden über Bürgerbeteiligung gefällt. Eine Wiesbadener SPD, die alles dafür tut, um die Große Koalition mit der CDU nicht zu gefährden. Eine Hand wäscht die andere – da geht es nicht um sachliche Argumente.

Wir konnten es nicht verhindern

Wir haben getan, was wir konnten, um das zu verhindern. Wir haben zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern Unterschriften gesammelt, wir haben demonstriert und protestiert. Wir wurden bestärkt von dem bundesweit bekannten und renommierten Sachverständigen Professor Dr. Ulrich Weihs – auch er sprach sich gegen die Fällung der Allee aus. Wir wurden unterstützt von der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, sogar der Omnibus für Direkte Demokratie, der sich bundesweit für Bürgerbeteiligung einsetzt, kam noch nach Kostheim, um uns zu helfen, einen Bürgerentscheid durchzusetzen. Wir haben im Ortsbeirat in Kostheim immer wieder versucht, die Mehrheit zu verändern. Wir haben das Gespräch gesucht – ohne Erfolg. Freie Wähler, CDU und FDP verweigerten uns die Diskussion. Wir haben die Presse informiert, über den Umweltfrevel wurde bundesweit berichtet. Wir haben bis zuletzt alles versucht, was politisch und juristisch möglich ist.
Und was nicht unter den Tisch fallen darf: Unterstützt wurden wir von den Kasteler Stadtverordneten Hartmut Bohrer (Die Linke) und Ronny Maritzen (Bündnis 90 / Die Grünen). Die beiden haben sich aktiv und engagiert für die Kastanienallee eingesetzt. Ohne sie wäre es in Wiesbaden noch schwieriger gewesen, unsere Forderung nach Pflege und Erhaltung der Kastanienallee vorzutragen.

Wer nicht kämpft, der hat schon verloren

Für einige unserer Mitstreiterinnen und Mitstreiter war die Niederlage bei der Lesselallee der Beweis: Es bringt nichts, sich zu engagieren. Die Politiker hören ja nicht einmal zu. Andere haben sich entschieden, aktiv zu bleiben und bei uns mitzuarbeiten. Sie kandidieren nun auf unseren Listen für die Ortsbeiräte Kastel und Kostheim. Wir bleiben dabei. Wir setzen uns weiter ein: Für die Umwelt und die Natur, für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und gegen die Machtinteressen von Parteipolitikern wie Gerich und Franz.

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Schimmelnde Wände, Wasserschäden im Boden, verrostete Gestelle – es herrschen katastrophale Zustände an der Wilhelm-Leuschner-Schule.

Geld ist da – aber nicht für die Schulen

Die Wiesbadener Rathaus-Mehrheit hat 600.000 € jährlich aus dem Stadthaushalt für den „Ball des Sports" übrig. Dessen Besucher können sich einen Eintrittspreis von über 1000 Euro leisten. Auch andere Events wie „Halfironman", das „Stadtfest" mit Auto-Schau oder das Pfingstturnier werden mit sechsstelligen Beträgen bezuschusst. Und das, obwohl es bei diesen Veranstaltungen für die Veranstalter erhebliche Werbeeinnahmen gibt.
Der städtische Haushalt verzeichnet über 1.000 Millionen Euro Einnahmen. Und die Einnahmen der städtisch beeinflussten Gesellschaften sind noch deutlich höher. Und trotzdem: Für die Schulen fehlt das Geld. Dringende Sanierungen und Reparaturen werden seit Jahren hintenan gestellt. Begründet wird das mit der „Schuldenbremse". Dabei sind die Zinsen für kommunale Kredite auf einem historisch niedrigen Niveau und die Baukosten steigen viel stärker. Die Verschleppung von Sanierungen kostet also in den folgenden Jahren vermeidbar mehr Geld.

Nötige Sanierungen werden verschleppt

Schon vor fünfzehn Jahren wurde die Sanierungsbedürftigkeit der Albert-Schweitzer-Schule in Kostheim festgestellt, die Kosten wurden auf 10 Millionen DM geschätzt. Der notwendige Neubau wird jetzt mindestens 15 Millionen Euro kosten, eine Steigerung um rund 300 Prozent.
Auch die Wilhelm-Leuschner-Schule wartet seit Jahren auf einen Ersatzbau für die Pavillons. Diese waren – wie bei der Gustav-Stresemann-Schule und der Brüder-Grimm-Schule – für die geburtenstarke Jahrgänge in den 1960er Jahren als vorläufige (!) Klassenräume errichtet worden. Was könnte man an Energiekosten sparen, wenn diese Pavillons endlich durch moderne Schulbauten ersetzt würden? Aber dafür gibt es noch nicht einmal Sitzungsvorlagen für die politischen Gremien.

Dafür werden wir uns einsetzen:

Wir unterstützen alle politischen Initiativen, die dazu beitragen, dass die Schulen im AKK-Bereich endlich saniert werden. Auch der Ausbau der Schulen ist dringend nötig, da mit einem weiteren Zuzug in den geplanten Neubaugebieten zu rechnen ist. Dazu zählen die ehemalige „Kastel Housing Area"-Kaserne in der Wiesbadener Straße, in der mehrere hundert Flüchtlinge untergebracht werden und die später ein großes Neubaugebiet werden soll.
Auch auf dem ehemaligen „LINDE-Areal" an der Kostheimer Landstraße entstehen mehrere hundert Wohnungen, in die vorzugsweise junge Familien einziehen werden. Auch Flächen wie die „Kastel Storage Station" mitten in Kastel werden in den nächsten Jahren bebaut.
Für die Kinder und Jugendlichen, die dort wohnen werden, muss es auch entsprechende Bildungseinrichtungen geben.

Dieses Foto stammt aus dem Jahr 2011. Seitdem hat sich NICHTS geändert.

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Abitur in AKK ermöglichen

Es ist jedes Jahr dieselbe Zitterpartie für Kasteler und Kostheimer Eltern, die möchten, dass ihr Kind Abitur macht: Wird das Kind an einem Gymnasium in Mainz genommen? Oder muss es den langen Weg nach Wiesbaden fahren? Die Möglichkeit, an der Kasteler Gesamtschule Abitur zu machen, gibt es schon lange nicht mehr: Die Oberstufe in der Wilhelm-Leuschner-Schule wurde abgeschafft. Wir finden: Das war ein großer Fehler.

Abitur an der Wilhelm-Leuschner-Schule

Wir haben uns früher für einen Abiturzugang an der Wilhelm-Leuschner-Schule eingesetzt, und wir werden die Schule auch weiterhin bei ihren Bemühungen unterstützen, wieder eine Oberstufe zu erhalten.

Wir wollen Wahlfreiheit für Eltern

Eltern, die ihr Kind nach Mainz in die Schule schicken möchten, sollen das tun können. Der AUF AKK fordert seit Jahren, dass die zuständige Schuldezernentin Rose-Lore Scholz (CDU) mit der Stadt Mainz verhandelt und eine Lösung gefunden wird, die es Mainzer Gymnasien ermöglicht, Kinder aus AKK aufzunehmen. Etwa durch entsprechende Ausgleichszahlungen von Wiesbaden. Eine weitere Möglichkeit, das Bildungsangebot für AKK zu verbessern, sehen wir in der Errichtung eines Gymnasiums an der Rheinschiene, gut erreichbar für alle Kinder aus Biebrich, Schierstein, Kastel, Kostheim und Amöneburg. Ein Drittel der Wiesbadener Bevölkerung lebt in diesen Stadtteilen – wir sehen nicht ein, warum Gymnasien nur im Innenstadtbereich angeboten werden.

Mechthilde Coigné, Platz 3, Mainz-Kostheim

Geboren in Mainz, seit 30 Jahren in Kostheim lebend; als Industriekauffrau tätig. Mein politisches Engagement begann als Elternbeirätin in einer KiTa und der Sammlung von mehr als 10.000 Unterschriften 1993 mit anderen gemeinsam gegen eine Gebührenerhöhung. Ich entschied mich, weiter für gute Bedingungen für uns vor Ort einzutreten, auch als Mitglied im Ortsbeirat (AUF), in der Stadtverordnetenversammlung (Wählergruppe Linke Liste) und im Magistrat (Die LINKE). Motivation gaben solche Erfolge wie vor einigen Jahren der Erhalt des Maaraue-Bads durch über 10.000 Unterschriften. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind notwendig, um Ziele gemeinsam zu erreichen, wie zum Beispiel öffentliche Begegnungsstätten für Jung und Alt.

Stefan Knipl, Platz 4, Mainz-Kostheim

Stefan Knipl, 31 Jahre alt, eine Tochter, Berater IT-Sicherheit

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Finanzbeschlüsse endlich öffentlich!

Seit Januar 2014 ist Schluss mit der Geheimnistuerei im Kostheimer Ortsbeirat – seitdem kann jeder Bürger miterleben, wie über Finanzangelegenheiten beraten und abgestimmt wird.
In einer Demokratie ist das eigentlich selbstverständlich – aber nicht in der Traubenrepublik Kostheim. Dort schloss der Ortsbeirat über Jahre hinweg die Öffentlichkeit beim Punkt Finanzen aus. Pressevertreter wie Bürgerinnen und Bürger mussten den Raum verlassen, wenn der Ortsbeirat darüber beriet, welcher Verein oder welches Projekt in welcher Höhe bezuschusst wurde. In jeder Sitzung wiesen wir daraufhin, dass das rechtswidrig ist. Aber SPD, CDU, Freie Wähler und FDP ließen sich von unseren Argumenten nicht beeindrucken:

Wenn's um Geld ging, mussten die Bürger draußen bleiben

Mehr als 100.000 Euro wurden vom Kostheimer Ortsbeirat in nicht-öffentlichen Sitzungen vergeben, bei gut einem Drittel aller Tagesordnungspunkte flogen die Bürger raus. Die Beschlüsse wurden nicht einmal veröffentlicht. Eine unerträgliche Mauschelei – undemokratisch und rechtswidrig. Die Hessische Gemeindeordnung schreibt vor, dass Gemeindevertretungen öffentlich tagen müssen – nur im Ausnahmefall sind nicht-öffentliche Beratungen zulässig.
Wie kommt man eigentlich dazu, Steuergelder in geheimer Sitzung auszugeben zu dürfen? Eine Frage, die wir immer wieder stellten und auf die wir so originelle Antworten erhielten wie: Man wolle sich nicht morgens beim Bäcker auf sein Abstimmungsverhalten ansprechen lassen. Bei jeder Sitzung versuchten wir, die Fraktionen von SPD und CDU, Freie Wähler und FDP davon zu überzeugen, dass sie sich an Gesetze halten müssen und nicht einfach außer Kraft setzen können.

AUF wandte sich an die Kommunalaufsicht – die schritt ein

Nachdem das alles nichts half, wandten wir uns schließlich an die hessische Kommunalaufsicht und forderten diese auf, die rechtswidrigen Sitzungen in Kostheim abzustellen. Das war im Mai 2013. Acht Monate später war es dann soweit – seitdem hat es Ortsvorsteher Stephan Lauer (CDU) schriftlich: Auch Finanzanträge müssen öffentlich beraten werden. Alles andere ist rechtswidrig.

Irmtraud Jungels, Platz 3, Mainz-Kastel

Ich bin 61 Jahre alt und gebürtige Wiesbadenerin. Ich habe drei Kinder und fünf Enkel – deshalb sind mir die Themen Bildung, Kindergarten und Schule immer sehr wichtig gewesen. Ich war beteiligt am Aufbau der ersten Kindergemeinschaftsgruppe in Wiesbaden, lange war ich im Elternbeirat aktiv, an der Helene-Lange-Schule, Kita Kellerstraße. Ich bin Jägerin und begeisterte Gärtnerin, engagiere mich als Mitglied im Cyperus 1901 e.V. und im Arbeitskreis Umwelt-, Natur- oder Landschaftsschutz des BürgerKollegs. Ich finde es schlimm, dass bei uns tonnenweise Lebensmittel in den Mülleimern landen. Deshalb bin ich aktiv in der Foodsharinggruppe Wiesbaden, Restlos Glücklich und bei den Foodfigthers e.V. Im Ortsbeirat will ich mich vor allem für soziale Belange einsetzen , Naturschutz-Landschaftsschutz und für Bürgerbeteiligung.

Ein Jugendtreff für Kostheim

Für Jugendliche gibt es in Kostheim keine Möglichkeit, sich zu treffen. Das ist ein großes Problem. Wir fordern hier seit vielen Jahren, endlich aktiv zu werden. Im Juni 2011 stellte unsere Fraktion im Kostheimer Ortsbeirat den Antrag, zunächst wenigstens eine provisorische Lösung zu schaffen. Wir forderten, einen Container oder Bauwagen aufzustellen. In Absprache mit dem Jugendbeauftragten sollte dafür ein Standort gesucht werden. Das Amt für Soziale Arbeit sollte gebeten werden, dem Kinder- und Jugendzentrum Reduit ein Stundenkontingent für die Betreuung der Jugendlichen in Kostheim zur Verfügung zu stellen. Gedacht war das als Zwischenlösung, erst einmal besser als nichts.
Unser Antrag fand im Ortsbeirat keine Mehrheit. Nun sind fünf Jahre vorbei, die Jugendlichen haben immer noch keinen Treffpunkt. Immer wieder gab es Vorschläge, die unterschiedlichsten Standorte waren im

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Gespräch. Aber immer noch haben sich Stadt und Ortsbeirat auf keinen geeigneten Ort verständigen können.

Dafür werden wir uns einsetzen:

Es ist nun lange genug diskutiert worden – die Stadt muss endlich handeln. Es ist nicht hinzunehmen, dass die jungen Leute in Kostheim auf der Straße herumlungern müssen.

Rausgeschmissen: Seniorentreff in Kostheim

Seit letzten Sommer stehen die Kostheimer Seniorinnen und Senioren auf der Straße – ohne feste Bleibe und ohne die Möglichkeit, ihr umfangreiches Freizeitprogramm in eigenen Räumen weiterzuführen. Den Seniorentreff Dr. Ingrid Jäger im Schulgebäude in der Schulstraße gibt es nicht mehr.
Das hätte man vermeiden können, wenn sich die Wiesbadener Verantwortlichen nur früh genug um das Thema gekümmert hätten. Schon seit langem meldete die Carlo-Mierendorff-Schule Raumbedarf für weitere Klassen an. Doch Sozialdezernent Arno Goßmann (SPD) schob das Thema vor sich her. Erst auf den letzten Drücker wurde der Ortsbeirat in Kostheim darüber informiert, dass dringend neue Räume für den Treff benötigt werden. Und die Seniorinnen und Senioren wurden von einem Tag auf den anderen vor vollendete Tatsachen gestellt: Sie mussten raus aus ihren Räumen, hilflos mussten sie mitansehen, wie der Keller mit all ihrem Inventar geräumt wurde.
Die Seniorinnen haben sich dagegen gewehrt, sie haben öffentlich protestiert – wir haben sie dabei nach Kräften unterstützt. Doch leider konnte erst einmal nur eine Notlösung gefunden werden.
Unser Vorschlag, die ehemalige Gaststätte des Bürgerhauses für die Seniorinnen und Senioren umzubauen, und als dauerhaften Treff einzurichten, wurde aber erfreulicherweise aufgegriffen. Nach Fastnacht, so wurde es versprochen, sollen erste Umbaumaßnahmen erfolgen.

Dafür werden wir uns einsetzen:

Kostheim braucht schnell wieder einen festen Treffpunkt für die Seniorinnen und Senioren. Der darf keine halbherzigen Lösungen bieten. Es geht nicht darum, einfach nur vier Wände zur Verfügung zu stellen. Für die ältere

Generation muss es wieder einen Raum geben, der eine kleine Küche hat und den vielfältigen Anforderungen an einen dauerhaften Treff gerecht wird.

In Wiesbaden nichts Neues

Im Dreieck zwischen Innenstadt, Erbenheim und Kastel gibt es rund um den Dyckerhoff-Bruch noch eine recht große, unzersiedelte Fläche, die als Geheimtipp für Naherholungssuchende gilt. Noch. Denn geht es nach dem Willen der Großen Koalition in Wiesbaden, dann ist es damit bald vorbei. CDU und SPD wollen dort Industrie, sie wollen alles zubetonieren. Wir lehnen das ab. Wir wollen dieses Kleinod behalten und unter dem Blickwinkel Lebensqualität weiterentwickeln.

Skizze zum Projekt Ostfeld. Quelle: Die Grünen, Wiesbaden

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Wir lehnen ein Industriegebiet im Ostfeld ab

Industriegebiete galten als Patentrezept der 1970er Jahre, um Geld in die Kassen zu spülen – schnelles Geld auf Kosten der Umwelt. Wieso fällt der Großen Koalition in Wiesbaden nichts Besseres ein? Natürlich schafft ein Industriegebiet Arbeitsplätze, generiert Gewerbesteuer und bringt Geld bei der Vermarktung der Grundstücke in den Stadtsäckel. Auf der anderen Seite der Medaille aber stehen: Verlust der klimaökologischen Funktion, Zersiedlung und Landschaftszerschneidung, zusätzlicher Verkehr, zusätzliche Schadstoffemissionen – der Verlust von wertvollen Biotopen und Lebensqualität.
Die erste Frage bei dem Gebiet Ostfeld lautet doch schließlich: Brauchen wir es überhaupt? Anstatt diese Frage mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren, versucht ein selbsternannter Planungsdezernent der CDU mit aller Macht (!), seine Vorstellungen wie Pflöcke in den Boden zu rammen.

Boden ist ein wertvolles Gut

Die zweite Frage, die nicht gestellt wird, lautet: Welche Umweltauswirkungen sind zu erwarten? Hier sehen wir im Ostfeld klare Ausschlusskriterien. Die für die Durchlüftung von Kastel und Amöneburg notwendigen Areale sind Tabuflächen. Sie dürfen nicht zugebaut werden!
Boden ist ein nicht vermehrbares und damit wertvolles Gut. Das weiß jedes Kind und jeder Wirtschaftsstudent im ersten Semester. Im zweiten Semester lernt er dann, dass der ungehemmte Flächenverbrauch ökologisch in die Katastrophe führt.

Lebensqualität als Wirtschaftsfaktor

Es geht auch anders: Lebensqualität als Wirtschaftsfaktor! Ist das so undenkbar? Wiesbaden als Teil einer Biosphärenregion mit sanftem Tourismus und echtem Naturschutz? Auch das schafft Arbeitsplätze. Mehr noch: Viele Unternehmensgründer, aber auch Kongresse zieht es nach Wiesbaden wegen der Lage im Grünen. Wie lange noch?
Wiesbaden stünde ein Naherholungsgebiet auf der fraglichen Fläche gut zu Gesicht. Nein, kein Disney World mit Seilbahn und Feuerstein. Aber mit hochwertigen Biotopen, Radwegen, Seen, relativer Ruhe und nachhaltiger Landwirtschaft.
Dafür werden wir uns im Ortsbeirat stark machen.

Schlechtes Beispiel: Petersweg in Mainz-Kastel ...

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Hübsch hässlich – der Mathildenhof

Auch der Mathildenhof, die neue Grünfläche im Herzen von Alt-Kostheim, ist ein Paradebeispiel für fehlende Bürgerbeteiligung. Gleich zu Beginn der Planung meldeten sich umliegende Vereine und Institutionen und bekundeten ihr Interesse, bei der Gestaltung miteinbezogen zu werden. Der Förderverein der Grundschule, der Bücherei, Kirchengemeinde und Kindertreff, auch Künstler – alle wollten sich einbringen. In einem Brief an den Oberbürgermeister wurde diesem Wunsch Ausdruck verliehen. Doch nichts passierte, auf Nachfragen wurde nicht reagiert, Wünsche und Ideen, die vorgebracht wurden, wurden konsequent ignoriert.

Wer will da sitzen?

Das Ergebnis: Die Gestaltung wirkt bestenfalls aufgeräumt, besitzt aber wenig bis keine Aufenthaltsqualität. Der zentralen Lage wird keine Rechnung getragen, es gibt weder eine gestalterische, noch eine kulturelle Anbindung an die umliegenden Institutionen.
Trotzdem bemühen sich Kostheimer Vereine den Platz zu beleben und organisieren kulturelle Veranstaltungen, auch unter erschwerten Bedingungen. Die massiven kritischen Äußerungen zum Thema Mathildenhof haben dazu geführt, dass bei der geplanten Neugestaltung des Viktoriaplatzes Ende letzten Jahres ein Bürger-Workshop stattgefunden hat.
Wir arbeiten daran, die Qualität des Mathildenhofs zu verbessern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Bürgerwünsche beim Viktoriaplatz berücksichtigt werden. Wir wünschen uns, dass sich der Viktoriaplatz, von Anfang an, zu einem unverwechselbaren Ort mit einer erlebbaren Gestaltung und hoher Aufenthaltsqualität entwickelt.

Linde-Gelände

Die Planung für das Linde-Gelände ist ein typisches Beispiel dafür, was passiert, wenn die Stadt soziale Verantwortung abgibt und an einen Investor verkauft. Vom Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs ist nichts übrig geblieben, es geht nur noch um Maximalbebauung, mit einem einzigen Ziel – der Erwirtschaftung maximaler Gewinne.
Zirka 900 Wohneinheiten sind geplant, davon sollen 150 für den sozialen Wohnungsbau sein. Diese Sozialbauwohnungen werden entlang der Bahnlinie geplant – als Schallschutzmauer für die höherpreisige Bebauung. Ein Kindergarten soll entstehen, im Gespräch ist eine Fußgängerbrücke zur Maaraue. Stadtplanungsamt und Investor sind sich jedoch noch nicht einig geworden.
Die ursprüngliche städtebauliche Qualität ist nicht mehr vorhanden, genauso wie die ursprünglich geplanten Platzsituationen. Die Bebauung im Innenbereich folgt nur einer Maxime – der maximalen Ausnutzung der Grundstücke. Zwischen den Häusern entstehen nur Restflächen, städtebaulich ausgedrückt sind das negative Räume. Die Architektur ist banal und beliebig, bezieht sich weder auf den interessanten Ort noch auf die städtebauliche Situation.
Wir lehnen diese starke Bebauung ab, genauso die Konzentration der Sozialwohnungen an der Bahnlinie. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wenigstens die Gestaltung der Uferzone unabhängig von einem Investor vorangetrieben werden kann. Wir unterstützen die Idee einer großzügigen Promenade entlang des Floßhafens.

Bezahlbare Wohnungen sind nötig!

Auch in den AKK-Stadtteilen steigen in den letzten Jahren die Mieten. Drastische Gebührensteigerungen tun ein Zusätzliches, dass ein immer größer werdender Anteil des Einkommens von den Wohnungskosten verschlungen wird. Auch in unserer Stadt warten Tausende auf eine angemessene, bezahlbare Wohnung. Aber die Verantwortlichen in Bund, Land und Stadt tun viel zu wenig gegen die Wohnungsnot. Dabei gibt es gerade in AKK reichlich innerstädtische Flächen, die für eine reguläre Wohnbebauung nutzbar wären.

Nein zu NSA und Chemiemüll!

Zum Beispiel das von der US Army besetzte rund 235.000 qm große Militärgelände mitten in Kastel. Es

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

trennt die Wohnviertel Kastels und es blockiert die Stadtentwicklung. Während die gegenwärtige Rathausmehrheit lieber den Mantel des Schweigens über das Gelände ausbreiten möchte, hat der AUF Kastel die dort ansässigen bedrohlichen Einrichtungen immer wieder zum Thema gemacht.

Der Spiegel deckte auf, dass sich hier – mitten in Kastel – ein „Kommunikationszentrum des US-Geheimdienstes NSA für Afrika, Asien und Europa" befindet. Die großen Satellitenschüsseln machen das kenntlich. Nach Meinung des AUF AKK muss dieses Zentrum hier unverzüglich verschwinden, da es als mögliches Zielobjekt terroristischer Anschläge die örtliche Bevölkerung zu Geiseln macht. Im Ortsbeirat fand ein entsprechender AUF-Antrag auch die Mehrheit, im Stadtparlament leider noch nicht.

Auch das Chemikaliensondermüll-Lager gefährdet Mensch und Umwelt, da dort explosive und gefährliche Stoffe in erheblichen Mengen aufbewahrt werden. Die Folge: Boden und Grundwasser sind großflächig verseucht. Das stellte die US Army in einem Gutachten selbst fest. Eine Sanierung auf Kosten der Verursacher ist dringend erforderlich. Denn hier könnten mehrere hundert preiswerte Wohnungen entstehen. Dafür müsste die Stadt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen und die Fläche nicht der Spekulation überlassen.

Die Freigabe des US-Militärgeländes Kastel Housing Area in der Wiesbadener Straße war bereits für das Jahr 2017 angekündigt, um es einer Bebauung zuzuführen. Jetzt heißt es, dass erst einmal nur ein Teil der Gebäude für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden soll. Der größere Teil des Geländes soll in der Hand der US Army bleiben und mit einem Zaun abgetrennt werden – und das, obwohl das Gelände kaum noch von ihr genutzt wird.

Wir fordern weiterhin die Freigabe dieser Flächen für den Wohnungsbau.

Der Wohnungsbedarf der Einheimischen sowie der Flüchtlinge macht umfangreiche Bauaktivitäten erforderlich. Davon profitieren alle: Denn dadurch würden auch wirtschaftliche Impulse gegeben, die zur Senkung der Erwerbslosigkeit beitragen können.

Mike Ladwig, Platz 4, Mainz-Kastel

Ich bin 53, habe zwei Kinder, war im Stadtparlament Rüsselsheim und auch in Wiesbaden im Ortsbeirat tätig. Ich bin Mitglied der Partei „DIE LINKE". Ziel meiner politischen Arbeit ist es vor allem, die Situation des sogenannten Otto Normalverbrauchers zu verbessern. Dem Trend, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderdriftet, möchte ich entgegenwirken. Ich möchte mich dafür einsetzen, dass Kitas und Schulen besser ausgestattet werden. Die „Rue" als Lebensraum attraktiver zu gestalten, ist mir ein Anliegen. Ich wünsche mir eine Stadt, in der sich alle, Alteingesessene und Neuankömmlinge, wohlfühlen.

Keine Verdichtung der Gartenstadt

Es lohnt sich, in Kostheim einen Spaziergang zu machen. Denn Kostheim besitzt ein kleines städtebauliches Juwel – die Gartenstadt, erbaut in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Gartenstädte sind eine städtebauliche Gesamtkomposition, sie entstanden, um die Bürger aus den

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

dunklen Mietskasernen herauszuholen und ihnen mehr Lebensqualität zu ermöglichen. Die Häuser wurden um relativ große Gärten angeordnet, die gemeinschaftlich auch zur Eigenversorgung genutzt wurden. Dieses Prinzip funktioniert bis heute. Um die soziale Idee der Gartenstädte umsetzen zu können, wurden damals übrigens die ersten Wohngenossenschaften gegründet.

Heute fühlen sich die Genossenschaften diesen sozialen Ideen scheinbar nicht mehr besonders verpflichtet, betrachtet man die geplante Nachverdichtung der Kostheimer Gartenstadt. Als die Pläne bekannt wurden, wehrten sich die Mieter und Mieterinnen dort – zurecht. Denn die Nachverdichtung hätte die Zerstörung dieses städtebaulichen Konzepts bedeutet: Durch die dazwischen geschobenen Neubauten und die damit notwendig werdenden PKW-Stellplätze wären die Gartenflächen vernichtet worden.

Wir haben die betroffenen Mieterinnen und Mieter in ihrem Protest unterstützt und werden das weiterhin tun. Denn die Planungen sind noch nicht vom Tisch. Aus unserer Sicht ist die geplante Nachverdichtung der Gartenstadt ein Schritt in die falsche Richtung. In anderen Städten werden Gartenstädte mindestens unter Ensembleschutz gestellt, sie werden gehegt und gepflegt. Wir verstehen nicht, dass man das in Wiesbaden anders sieht.

Claudia Bau, Platz 5, Mainz-Kostheim

Ich bin verheiratet, habe drei Söhne und lebe seit 2002 in Kostheim.

Nach dem Studium der Kunstgeschichte und der Architektur und meiner langjährigen Tätigkeit als Architektin arbeite ich heute als freiberufliche Farbgestalterin für Innen- und Außenräume. Ich bin parteilos, sehe mich selbst als konservativen Freigeist ;-) tja, so etwas gibt es tatsächlich!

Mein Engagement gilt der Stadtentwicklung für ein schöneres Kostheim und einer Bürgerbeteiligung, die diesen Namen auch verdient – denn die Bürger sind die Fachleute für ihre Stadt. Ich setze mich ein für bessere Jugendarbeit, die Verbesserung der Chancengleichheit und der pädagogischen Qualität an Schulen und einer kind- und lebensgerechten Gestaltung der Schulgebäude.

Wir setzen uns dafür ein, dass Spielplätze attraktiver werden. Und manchmal sogar mit großem Erfolg. Eine unserer erfolgreichsten Initiativen im Ortsbeirat: Der Kletterfelsen auf dem Kiko-Spielplatz.

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Neues Bürgerhaus für Kastel und Kostheim?

Die Diskussion um ein gemeinsames Bürgerhaus hat uns im AUF AKK vor eine schwierige Diskussion gestellt: Wir sehen die Chancen, die ein neues Haus bietet, wir sehen aber auch die Gefahren, die es für die Vereine und für die alten Standorte bringt. Die entscheidende Frage für uns war deshalb auch: Was passiert mit den Alt-Standorten? Gibt es nach einem Abriss der alten Bürgerhäuser in den Ortskernen noch die Möglichkeit für kulturelle Aktivitäten? Was passiert mit den Stadtteilbibliotheken, die in den beiden Bürgerhäusern untergebracht sind?
In dem gemeinsamen Workshop der Ortsbeiräte haben wir unsere Zustimmung zum Bau eines neuen gemeinsamen Hauses an der Kostheimer Landstraße deshalb an Bedingungen geknüpft: Wir wollten nur unter der Voraussetzung zustimmen, dass gleichzeitig für beide Stadtteile ein verbindliches Konzept für die Erhaltung und Entwicklung der alten Ortskerne entwickelt wird.

Unsere Bedingung in Kostheim: Kein Ausverkauf des alten Ortskerns!

Der ersatzlose Wegfall des Bürgerhauses würde den Charakter von Alt-Kostheim verändern, Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, sich zu begegnen, würden stark eingeschränkt.
Das Bürgerhaus ist einer der wenigen noch verbliebenen Treffpunkte. Das Haus wird von den Vereinen stark genutzt. Für all diese Nutzungen muss es am alten Standort eine Lösung geben. Die Bücherei, die eng mit den benachbarten Kindergärten und der Schule kooperiert, muss im Ortskern verbleiben. Es müssen Räume geschaffen werden, die eine kulturelle Arbeit in Alt-Kostheim weiterhin ermöglichen. Auch ein freier Platz für Wochenmarkt und Stadtteilfeste muss erhalten bleiben.

Unsere Bedingung in Kastel: Einrichtungen erhalten!

In Kastel sehen wir im Wegfall des Bürgerhauses eine Chance für die Entwicklung der Mainzer Straße, auch der Paulusplatz kann von dieser Entwicklung profitieren. Wir haben deshalb vorgeschlagen, sämtliche Einrichtungen, die sich derzeit im Kasteler Bürgerhaus befinden, entsprechend zu verlagern und damit das kommunikative Zentrum von Kastel zu stärken.

Ein Ja in Kastel, ein Nein in Kostheim

Nach langer Diskussion und einer Bürgerversammlung, für die sich die AUF-Vertreter im Workshop der Ortsbeiräte eingesetzt hatten, kam es dann zur Abstimmung. In Kostheim sahen die beiden AUF-Vertreter die Bedingungen nicht als erfüllt an – es gab keinerlei verbindliche Zusagen der Stadt, nur vage Versprechungen des Oberbürgermeisters. In einer Presseerklärung versprach er zwar, sich wenigstens für einen Verbleib der Bücherei im Ortskern einsetzen zu wollen. Das war uns aber zu wenig. Deshalb hat die AUF-Fraktion im Kostheimer Ortsbeirat gegen den Neubau gestimmt und sich für eine Sanierung des alten Bürgerhauses ausgesprochen.

Ein Ja der AUF-Fraktion in Kastel

Die AUF-Vertreter in Kastel trugen im Ortsbeirat einen entsprechenden Beschluss mit, der unsere Bedingungen für Kastel festschrieb.

Wie geht es jetzt weiter?

Sollte es tatsächlich zu einem Neubau an der Kostheimer Landstraße kommen (dafür müssen noch Grundstücke erworben werden), dann werden wir uns in Kostheim dafür einsetzen, dass der alte Ortskern nicht mit Wohnungen zugebaut wird. Das befürchten wir. Wie der Ortskern in Zukunft aussehen soll, ob es neben der Bücherei ein kleines Café geben kann, auch einen schönen Seniorentreff mittendrin, welche Möglichkeiten für Ausstellungen geschaffen werden und vieles mehr – darüber muss mit den Vereinen und mit den Bürgerinnen und Bürgern gesprochen werden. Ideen für den Ortskern sollten gemeinsam mit ihnen entwickelt werden.
In Kastel werden wir uns dafür einsetzen, dass die sozialen und kulturellen Einrichtungen in Alt-Kastel verbleiben. Auch hier sollten neben den Vereinen interessierte Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden.
Wir wollen, dass die Planung und Gestaltung der Alt-Standorte in der Hand der städtischen Ämter bleibt. Eine Vergabe an die intransparenten GmbHs wie SEG, WIBAU, GWW kommt für uns nicht in Frage. Auch den Verkauf der Flächen an private Investoren lehnen wir ab – für den Stadtteil so bedeutsame Räume dürfen nicht privatisiert werden.

Was wir erreicht haben – und was nicht ...

Einer unserer ersten Anträge im Kostheimer Ortsbeirat – die Verbreiterung der Bürgersteige in der Hauptstraße. Aber in Wiesbaden tut sich gar nichts. Stadträtin Sigrid Möricke (SPD) hielt es bisher auch nicht für nötig, sich vor Ort einmal ein Bild über die gefährliche Situation zu machen. Einladungen von den Anwohnern ignorierte sie bisher.

Bus- und Bahnfahren bleibt Thema

Einen kleinen Erfolg konnte die Kasteler AUF-Fraktion verbuchen: Nach jahrelangem Anmahnen wurde endlich ein direkter Übergang zwischen Bahnhof Kastel und Mainzer Straße geschaffen. Das freut alle, die Bus und Bahn nutzen. Auch hilft es, die Mainzer Straße als Kasteler Geschäftsstraße zu stärken.
Mit der Leihfahrrad-Station der MVG ist der Kasteler Bahnhof für Bus- und Bahnfahrerinnen noch attraktiver geworden. Wäre man dem Vorschlag der AUF-Fraktion gefolgt, auch die Linien 6 und 9 über den Kasteler Bahnhof zu führen, hätte man sich den Busknotenpunkt auf dem Brückenkopf sparen und eine direkte Umsteigemöglichkeit zur Bahn schaffen können.

Millionen für den Brückenkopf – für den Bahnhof fehlt das Geld

Doch allen guten Argumenten zum Trotz: Es wurde ein Millionenbetrag für die Gestaltung des Brückenkopfes ausgegeben. Das Ergebnis: Es ist zugig und unbequem, es ist hässlich und schmutzanfällig noch dazu. Das Geld hätte man besser in die barrierefreie Gestaltung des Kasteler Bahnhofes investieren sollen – auch das ist eine alte Forderung des AUF AKK.

Barrierefreier Zugang zum Gleis 2

Meilenweit entfernt sind wir auch von einem direkten barrierefreien Übergang zwischen den Buslinien 6 und 9 und den Bahnsteigen. Immerhin soll jetzt endlich der barrierefreie Wechsel zwischen den Bahnsteigen möglich werden. Das ist auch dringend erforderlich: Bislang müssen Menschen im Rollstuhl, die Richtung Frankfurt fahren wollen, erst einmal nach Wiesbaden fahren, um dort in einen Zug der Gegenrichtung einsteigen zu können. Eine Zumutung.

Mehr Geld für Bus und Bahn

Auch ein direkter Zugang von der Rheinseite aus wäre dringend erforderlich, um das gefährliche Queren des Gleises bei geschlossener Schranke auszuschließen. Mehr öffentliche finanzielle Mittel für den ÖPNV, die auch für Fahrpreissenkungen statt ständige Erhöhungen erforderlich sind, wird es nur geben, wenn dies bei Wahlentscheidungen an Bedeutung gewinnt und Bürgerinnen und Bürger eine solche Veränderung stärker einfordern.

Freie Sicht auf die Container!! Das wünscht sich die CDU im Ortsbeirat. Das sei doch schließlich ein Stück „Industriekultur“ in der Lesselallee. Also: Alles abholzen! Weg mit dem Gestrüpp! Nein, nein – nur Sichtschneisen, sagt die CDU. Geht ja eigentlich auch nicht – die Weichholzaue ist gesetzlich geschützt. Aber egal: Irgendwie muss man sich die Brache da unten doch schönreden. Da wissen wir auch nicht mehr, was wir noch sagen sollen.

„Stärke zeigen" gegen die Bürger – Bürgerbeteiligung à la CDU/SPD

Viel wurde von Bürgerbeteiligung geredet, und jetzt? Heißt es Stärke zeigen. Sauber machen. So prangt es auf den CDU-Wahlplakten. Einen sechsstelligen Betrag hat sich die Große Koalition die Erstellung von „Leitlinien für Bürgerbeteiligung" kosten lassen. Und nun? Liegen sie auf Eis. Trotz zahlreicher Beteiligung von Bürger/innen in mehreren „Workshops" und einer positiven Bewertung in einem „Abschlussplenum".
Was CDU und SPD wirklich von Bürgerbeteiligung halten, wird nicht nur am Ausbremsen der teuer bezahlten „Leitlinien" deutlich, sondern im täglichen Umgang mit der Bürgerschaft. Musste Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) noch der AUF-Forderung nachgeben, dass in den Ortsbeiräten erst nach einer gemeinsamen Bürgerversammlung ein Grundsatzbeschluss zu einem gemeinsamen neuen Bürgerhaus gefasst wird, so wurde bei der Erstellung der neuen Straßenreinigungssatzung die Bürgerschaft völlig außen vor gelassen. Selbst die Ortsbeiräte konnten sich mit der neuen Satzung erst beschäftigen, nachdem der Magistrat sie schon beschlossen hatte.

Der Sachverstand der Bürgerschaft? Nicht gefragt!

Die neue „Straßenreinigungssystematik" bedeutet, dass viele Bürgerinnen und Bürger seit dem 1. Januar 2016 ein Mehrfaches an Gebühren zahlen müssen. Ab Januar 2017 werden noch viel mehr betroffen sein. Dann werden in noch mehr Straßen, in denen bisher die Anlieger den Gehweg selbst reinigten, die Bürgersteige von den städtischen Entsorgungsbetrieben ELW gereinigt. Mehrmals die Woche. Verkauft wird diese Abzocke der Bürger mit „Wiesbaden soll sauberer werden". Doch davon kann keine Rede sein – die Anlieger sind ihrer Straßenreinigungspflicht bisher ja selbst nachgekommen.
Auch wenn sich SPD-Politiker und so mancher CDU-Vetreter jetzt distanzieren: Mit den Stimmen von CDU und SPD wurde die neue Satzung beschlossen. Gegen die Stimmen der Opposition.

Wiesbaden wird nicht sauberer – dafür reicher

Denn Wiesbaden wird durch die teure Straßenreinigung nicht sauberer: Sperrmüll, der tagelang nicht abgeholt wird, Müllablagerungen im Außenbereich – die haben mit der Straßenreinigung nichts zu tun. Dafür wird Wiesbaden reicher: Millionen Euro werden in die Kasse von ELW gekehrt. Eine Flut von Prozessen gegen die Stadt droht. Das hätte durch Bürgerbeteiligung vermieden werden können.

Auch Ratte Peter protestiert.

Wir fordern Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) und den für die Straßenreinigung zuständigen Dezernenten Dr. Oliver Franz (CDU) auf, die Umsetzung der seit Januar 2016 geltenden neuen Straßenreinigungssatzung zu stoppen und die dafür notwendigen Entscheidungen und Beschlüsse schnellstmöglich herbeizuführen. Wir appellieren an die Verantwortlichen, ihre politischen Versprechungen endlich wahr zu machen, Bürger bei zentralen Fragen am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen.
Denn Demokratie heißt nicht: Stärke zeigen. Demokratie heißt: Bürger ernst nehmen und an Entscheidungsprozessen beteiligen. Dafür werden wir uns auch künftig mit aller Kraft einsetzen.

AUF kleber
www.auf-akk.de

V.i.S.d.P.: Frank Porten, Teufelssprung 8, 55246 Mainz-Kostheim – Eigendruck